

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat
CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Volt-Fraktion

An den Vorsitzenden des Ausschusses
Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales
Herrn Bernd Petelkau

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 10.06.2021

AN/1371/2021

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	14.06.2021

Erhöhung der Ausbildungsquote von Menschen mit Behinderung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

wir bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung des Ausschusses am 14.06.2021 aufzunehmen:

Beschluss:

1. Es werden die erforderlichen personellen Voraussetzungen zur Erfüllung der folgenden Aufgaben geprüft und dann der Politik zum Beschluss vorgelegt:
 - a) Attraktivierung der Arbeitgebermarke Köln im Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchskräfte aus dem benannten Personenkreis (zum dualen Studium und ohne akademischen Bildungshintergrund)
 - b) Koordinierung, Steuerung und Umsetzung der Ausbildungsquote von Menschen mit Behinderung
 - c) Erforderliche und ggf. über das Normalmaß hinaus- und weitergehende Betreuung und Unterstützung von Menschen mit Behinderung im Rahmen der Ausbildung (z.B. notwendige Assistenzen, ergänzender Unterricht etc.)

2. Weiterhin soll während der Ausbildung grundsätzlich ein stärkerer Fokus auf den Erwerb von digitalen Kompetenzen gelegt werden.
3. Die bereits in der Vergangenheit durchgeführten Praktikumsprogramme in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter (spez. ALGII-Empfänger*innen, U25) werden speziell für diesen Personenkreis wiederbelebt und ausgebaut.
4. Die Ausbildung zur/zum Fachpraktiker*in für Bürokommunikation soll mehr beworben und weitere ähnlich kreative Angebote für Menschen mit Behinderung, in Abstimmung mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Jobcenter, geschaffen werden.

Begründung:

Die derzeitige hohe Ausbildungsquote von über acht Prozent soll weiterhin mindestens beibehalten werden. Die öffentliche Verwaltung ist für viele junge Menschen mit Behinderung eine gute Arbeitgeberin. Manchmal ist es auch der einzige Weg, um eine qualifizierte Ausbildung zu erlangen. Daher sollte die Stadt aufgrund ihrer Verantwortung für die Gesamtgesellschaft besonders viele Ausbildungsplätze anbieten. Die begonnene Öffnung der Verwaltung wird hierdurch gestärkt und fortgeführt. Die Diversität Kölns wird besser widergespiegelt.

Die Verwaltung soll auch mehr als bisher auf die sehr erwünschten Bewerbungen von Menschen mit Behinderung hinweisen. Laut Inklusionsbericht 2019 hatten lediglich 2,6% der Bewerbenden eine Schwerbehinderung. Nur 6 der 257 Personen im Ausbildungsjahrgang 2019 waren schwerbehindert. Auch Menschen ohne akademischem Bildungshintergrund sollen bei Ausschreibungen gezielt angesprochen werden. Die angesprochenen Menschen sollen bei Ausbildung und Neueinstellungen auf allen Ebenen besonders gefördert werden. Es soll ein diskriminierungsfreier Zugang zu Ausbildung und Beruf unterstützt werden. Jede qualifizierte Bewerbung wird chancengerecht berücksichtigt. Besonders die Stadt muss allen Jugendlichen Ausbildungsperspektiven in ausreichendem Maße bieten und ein gutes Vorbild sein.

Begründung der Dringlichkeit:

Erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Lino Hammer
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Lucas Sickmüller
Volt-Fraktionsgeschäftsführer